



Hauptausschuss

42. Sitzung (öffentlich)

Zu TOP 1 gemeinsame Sitzung mit:

Ausschuss für Kultur und Medien

47. Sitzung (öffentlich)

24. September 2015

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 13:35 Uhr

Vorsitz: Prof. Dr. Rainer Bovermann (SPD) (Vorsitzender des HPA);
Daniel Schwerd (PIRATEN) (Stellv. Vorsitzender des AKM)

Protokoll: Simona Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- | | | |
|----------|---|-----------|
| 1 | Landesstelle Unna-Massen – dokumentieren und in Erinnerung behalten | 5 |
| | Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 16/8126
– Zuziehung von Sachverständigen

Der Ausschuss hört Sachverständige an. | |
| 2 | Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2014 | 32 |
| | Vorlage 16/2974 | |

In Verbindung mit:

**Bericht an den Hauptausschuss des Landtags gem. § 5b Abs. 4
Verfassungsschutzgesetz Nordrhein-Westfalen (VSG NRW) für das
Jahr 2014**

Vorlage 16/2940

- Bericht der Landesregierung sowie Vorstellung und Erörterung mit dem Leiter des Verfassungsschutzes des Landes Nordrhein-Westfalen, Herrn Burkhard Freier

MDgt Burkhard Freier berichtet und beantwortet Fragen aus dem Ausschuss.

**3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes
Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2016 (Haushaltsgesetz
2016) 48**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/9300

Vorlage 16/3184 (Erläuterungsband zu EP 02)
Vorlage 16/3174 (Erläuterungsband zu EP 07, S. 145 ff.)

- Einführungsberichte im Zuständigkeitsbereich des Hauptausschusses

Einzelplan 01 – Landtag
Einzelplan 02 – Ministerpräsidentin
Einzelplan 07 Kap. 07 070 – Landeszentrale für politische Bildung
Einzelplan 16 – Verfassungsgerichtshof

Der Ausschuss nimmt die Einführungsberichte entgegen. Die Einzelberatung folgt am 29. Oktober 2015.

**4 Entwurf einer Verordnung zur Verleihung der Rechte einer
Körperschaft des öffentlichen Rechts an die „Union progressiver
Juden in Deutschland“ mit Sitz in Bielefeld 57**

Vorlage 16/3034

- Anhörung des Ausschusses gemäß § 2 Körperschaftsstatusgesetz

Der Ausschuss wurde angehört.

5 Gesetz zum Siebzehnten Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Gesetz zum Siebzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag) 58

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/9516

Die FDP-Fraktion beantragt die Durchführung einer öffentlichen Anhörung.

6 Eine unabhängige Polizeibeschwerdestelle für Nordrhein-Westfalen schaffen 59

Antrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/8974

Der mitberatende Hauptausschuss will sich an der vom federführenden Innenausschuss beschlossenen öffentlichen Anhörung, die am Dienstag, dem 16. Februar 2016, ab 14 Uhr stattfinden soll, nachrichtlich beteiligen.

7 Verschiedenes 60

Ausschussvorsitzender Prof. Dr. Rainer Bovermann regt an, im Jahr 2016 Gedenkstätten in Nordrhein-Westfalen zu besuchen.

* * *

Hauptausschuss (42.)

24.09.2015

Ausschuss für Kultur und Medien (47.) Sitzung

Roe

Gemeinsame Sitzung zu TOP 1 (öffentlich)

5 Gesetz zum Siebzehnten Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Gesetz zum Siebzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/9516

Vorsitzender Prof. Dr. Rainer Bovermann teilt mit, der Hauptausschuss berate über diesen Gesetzentwurf federführend. Der zur Mitberatung aufgerufene Ausschuss für Kultur und Medien wolle sich dem – noch festzulegenden – Beratungsverfahren des Hauptausschusses anschließen.

Angela Freimuth (FDP) beantragt namens ihrer Fraktion die Durchführung einer öffentlichen Anhörung.

Vorsitzender Prof. Dr. Rainer Bovermann will das weitere Vorgehen im Obleutekreis vereinbaren.

Dr. Marc Jan Eumann, Staatssekretär für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien (Staatskanzlei) bittet den Ausschuss darum, bei seinen Beratungen die im Länderkreis getroffene Terminvereinbarung zu berücksichtigen und dem Gesetzentwurf bis Ende des Jahres 2015 zuzustimmen.

Vorsitzender Prof. Dr. Rainer Bovermann weist darauf hin, dass der Hauptausschuss im Jahr 2015 noch am 29. Oktober und am 19. November tagen werde. Außerdem stehe mit dem 10. Dezember ein Bedarfstermin zur Verfügung.

